

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>V</b>
<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>A DEFINITIONEN UND PRINZIPIEN</b>	<b>3</b>
<b>I Begriffserklärung</b>	<b>4</b>
<b>1 Dimensionen des Politikbegriffs</b>	<b>4</b>
1.1 Die Polity-Dimension.....	4
1.2 Die Politics-Dimension .....	5
1.3 Die Policy-Dimension.....	6
<b>2 Definitionen des politischen Systems</b>	<b>7</b>
<b>3 Definitionen des Regierungssystems und Gegenstände der Regierungslehre</b>	<b>11</b>
<b>II Prinzipien</b>	<b>12</b>
<b>1 Rechtsstaatsprinzip</b>	<b>12</b>
1.1 Bindung aller staatlichen Gewalt an Verfassung, Gesetz und Recht.....	13
1.1.1 Die konstitutionelle Bindung der Exekutive, der Legislative und der Judikative ....	13
1.1.2 Das Europäische Polizeiamt (Europol) und die Bindung der vollziehenden Gewalt.....	15
1.1.3 Die vorbeugende Telekommunikationsüberwachung und die Bindung an Verfassung und Gesetz.....	16
1.2 Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte.....	17
1.2.1 Die Unantastbarkeit der Menschenwürde als Leitgrundsatz der Verfassung .....	17
1.2.2 Das Luftsicherheitsgesetz als Beispiel für die Unvereinbarkeit mit dem Grundrecht auf Leben und der Menschenwürdegarantie.....	18
1.2.3 Der „Große Lauschangriff“ und die Unverletzlichkeit der Wohnung .....	18
1.2.4 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum „Großen Lauschangriff“ .....	19
1.3 Das Prinzip der Freiheit .....	20
1.3.1 Konkretisierung der Freiheitsrechte.....	20
1.3.2 Die Rasterfahndung: Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	21
1.4 Der Grundsatz der Gleichheit.....	22

1.5	Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Übermaßverbots .....	23
1.6	Gewaltenteilung und Kontrolle politischer Macht.....	23
1.7	Rechtsschutz und Rechtsprechung.....	24
1.7.1	Wesentliche Elemente.....	25
1.7.2	Das Rückwirkungsverbot: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Schusswaffengebrauch an der innerdeutschen Grenze .....	25
<b>2</b>	<b>Demokratieprinzip</b> .....	<b>26</b>
2.1	Die deutsche Demokratie: Typus einer demokratischen “Mischform” und Dominanz der repräsentativen Demokratie .....	26
2.1.1	„Mischform“ zwischen Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie .....	27
2.1.2	Die repräsentative Demokratie: Prinzipielle Begründung und Kritik an der Ausgestaltung.....	27
2.1.3	Die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes .....	30
2.2	Formen direkter Demokratie: partizipatorische und plebiszitäre Demokratie .....	33
2.2.1	Die partizipatorische Demokratie und ihre Kritik .....	33
2.2.2	Die plebiszitäre Demokratie: Leistungen und Defizite.....	34
2.3	Folgen der Globalisierung für Nation und Demokratie .....	36
2.4	Postdemokratie: zentrale Merkmale und Kritik.....	36
2.4.1	Politisch-kulturelle und politisch-institutionelle Dimension der Postdemokratie.....	37
2.4.2	Die politikwissenschaftliche Kritik .....	37
<b>3</b>	<b>Bundesstaatsprinzip</b> .....	<b>38</b>
3.1	Entwicklungsgeschichtliche Interpretation verschiedener Ausprägungen des deutschen Bundesstaats.....	38
3.1.1	Die Interpretation reformorientierter Unitarisierung .....	39
3.1.2	Die Deutungsmuster bundesstaatlicher Politik inkrementeller Anpassung.....	40
3.1.3	Vereinigungsbedingte Erklärung der Zentralisierung.....	41
3.1.4	Erklärungsansatz der Asymmetrie des Bundesstaats.....	42
3.1.5	Deutungsmuster des Wandels des Bundesstaats im Mehrebenensystem .....	43
3.2	Interpretationen des kooperativen Föderalismus als des dominierenden Bundesstaatsprinzips.....	44
3.2.1	Kooperationsrechtfertigende Positionen.....	44
3.2.2	Kooperationskritische Positionen .....	45
3.3	Der Verbundföderalismus.....	47
3.3.1	Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern.....	47
3.3.2	Bundesstaatliche Verteilung der Steuergesetzgebungskompetenzen und Steuererträge .....	50
3.3.3	Das System der Mischfinanzierung .....	51
3.3.4	Das Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum Länderfinanzausgleich.....	53
3.3.5	Das Maßstäbengesetz und der Solidarpakt II .....	57
3.3.6	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Anspruch Berlins auf Sanierungshilfen .....	59

3.4	Die Föderalismusreform 2006.....	60
3.4.1	Der Weg zur Verfassungsreform .....	60
3.4.2	Neuverteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern .....	62
3.4.3	Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz.....	62
3.4.4	Ausführung von Bundesgesetzen und Länder-Abweichungsbefugnissen .....	65
3.4.5	Verschiedene Kompetenzformen: Umwelt- und Hochschulrecht .....	65
3.4.6	Mitwirkungsbefugnisse der Länder in EU-Angelegenheiten.....	66
3.4.7	Bundesgesetze und Kostenfolgen für die Länder .....	66
3.4.8	Abbau der Mischfinanzierung: Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen.....	68
3.4.9	Defizite der Föderalismusreform .....	69
<b>4</b>	<b>Sozialstaatsprinzip</b>	<b>74</b>
4.1	Interpretationen .....	74
4.1.1	Grenzen- und gemeinwohlorientierte Interpretation.....	74
4.1.2	Bestandssichernde Position.....	76
4.1.3	Gerechtigkeitsorientierte Deutungsmuster.....	77
4.1.4	Steuerungsorientierte Interpretation.....	83
4.2	Prinzipien und Strukturelemente des sozialen Sicherungssystems.....	83
4.2.1	Das Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip.....	84
4.2.2	Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeprinzip.....	85
4.2.3	Institutionelle Strukturelemente .....	86
4.3	Ausgestaltung des Prinzips: Leistungen und Probleme .....	87
4.3.1	Stabilitäts- und legitimationsfördernde Politik durch große Sozialstaatsparteien.....	88
4.3.2	Zunehmende politische, ökonomische und gesellschaftliche Probleme.....	89
<b>B</b>	<b>INSTITUTIONEN</b>	<b>91</b>
<b>I</b>	<b>Nationalstaatliche Handlungsspielräume unter europäischen Integrations- und internationalen Wettbewerbsbedingungen</b>	<b>91</b>
<b>1</b>	<b>Die Politik der negativen und positiven Integration und die Verengung nationaler Gestaltungsspielräume</b>	<b>92</b>
<b>2</b>	<b>Wettbewerbsorientierte Erklärung der Einschränkung nationaler Handlungsspielräume</b>	<b>96</b>
<b>3</b>	<b>Sozialstaats- und legitimationsrelevante Kritik an der Integrationspolitik</b>	<b>97</b>
<b>II</b>	<b>Institutionen des Bundes</b>	<b>100</b>
<b>1</b>	<b>Formen des Regierens, staatliche Aufgaben und Prozess des Regierens im Wandel</b>	<b>100</b>
1.1	Formenwandel des Regierens .....	100
1.2	Wandel der Staats- und Regierungsaufgaben .....	101
1.3	Konfliktaustragung und Konsensfindung im Prozess des Regierens.....	103

<b>2</b>	<b>Die Bundesregierung</b>	<b>104</b>
2.1	Die Organisationsprinzipien .....	104
2.1.1	Das Kanzlerprinzip .....	105
2.1.2	Das Ressortprinzip .....	109
2.1.3	Das Kabinettsprinzip .....	114
2.2	Die Regierungspolitik und ihre Handlungsspielräume .....	115
2.2.1	Erklärungsansätze für die geringe Gestaltungsfähigkeit des Staates und der Regierung .....	116
2.2.2	Koalitionspolitische Determinanten .....	118
2.2.3	Finanzverfassungsrechtliche und finanzpolitische Restriktionen .....	120
2.2.4	Verfassungsgerichtliche Vorgaben: Beispiele der Finanz- und Steuerpolitik .....	121
2.3	Konkrete Regierungspolitik .....	125
2.3.1	Formierung und Deformierung des „Systems Kohl“: Patriarchalische Herrschaft und Informalisierung der Politik .....	125
2.3.2	Charakteristika des Regierens in der ersten Amtszeit des Kanzlers Schröder .....	127
2.3.3	Die Regierungspolitik in der zweiten Amtszeit Schröders .....	129
2.4	Die Große Koalition .....	132
2.4.1	Der Weg zu Neuwahlen: Die Rolle des Bundeskanzlers, des Bundestags, des Bundespräsidenten und des Bundesverfassungsgerichts .....	132
2.4.2	Die Institutionalisierung des Koalitionsausschusses .....	134
2.4.3	Die eingeschränkte Richtlinienkompetenz .....	135
2.4.4	Das Fehlen einer gemeinsamen Strategie von Union und SPD .....	136
2.4.5	Zwischenbilanz: Die Entwicklung von der Partnerschaft zur Gegnerschaft .....	138
<b>3</b>	<b>Der Bundestag</b>	<b>140</b>
3.1	Grundstrukturen der Organisation .....	140
3.1.1	Verfassungs- und geschäftsordnungsrechtliche Grundlagen .....	140
3.1.2	Der Abgeordnete .....	141
3.1.3	Die Fraktionen .....	144
3.1.4	Die Ausschüsse .....	146
3.2	Die Funktionen des Bundestags und ihre politische Bedeutung .....	149
3.2.1	Die Wahlfunktion .....	149
3.2.2	Die Gesetzgebungsfunktion .....	151
3.2.3	Der Vermittlungsausschuss als „Überparlament“? .....	155
3.2.4	Die Reichweite völkerrechtlicher Mitwirkungsbefugnis .....	156
3.2.5	Die parlamentarische Kontrollfunktion .....	157
3.2.6	Die Kommunikationsfunktion .....	161
3.3	Bedeutungsverlust des Parlaments? .....	162
<b>4</b>	<b>Der Bundesrat</b>	<b>164</b>
4.1	Zusammensetzung, Verfahrensweise und Institutionen .....	164

4.1.1	Mitgliedschaft, Stimmenverteilung und Abstimmungsmodus .....	164
4.1.2	Befugnisse des Präsidenten, des Direktors, der Bevollmächtigten der Länder und der Ausschüsse.....	166
4.2	Mitwirkung an der nationalen Gesetzgebung und in europäischen Angelegenheiten.....	167
4.2.1	Die Gesetzgebungsbefugnis .....	167
4.2.2	Europäische Mitwirkungsbefugnisse .....	168
4.3	Die politische Rolle des Bundesrats.....	170
4.3.1	Institutionelle Kompromisszwänge.....	170
4.3.2	Die Einflussnahme politisch-administrativer Akteure.....	170
4.3.3	Der Bundesrat als Instrument der Opposition und der Blockade.....	171
4.3.4	Der Bundesrat und die Große Koalition im Bund.....	173
<b>5</b>	<b>Das Bundesverfassungsgericht</b> .....	<b>174</b>
5.1	Die Organisation des Bundesverfassungsgerichtes.....	175
5.1.1	Zusammensetzung und Struktur.....	175
5.1.2	Die Richterwahl und ihre Kritik.....	176
5.2	Die Zuständigkeiten .....	177
5.2.1	Bund-Länder-Streitigkeiten.....	178
5.2.2	Organklagen .....	178
5.2.3	Normenkontrollverfahren.....	179
5.2.4	Verfassungsbeschwerden .....	180
5.2.5	Sonstige Kompetenzen.....	182
5.3	Die politische Rolle im Wandel.....	183
5.3.1	Aktive und konservativ dominierende Rolle im politischen Prozess .....	183
5.3.2	„Wächterfunktion“ gegenüber den ostdeutschen Bürgern.....	185
5.3.3	Beeinflussung der politischen Willensbildung am Beispiel des „Blauhelm-Urteils“ .....	187
5.4	Stellung und Funktionen im politisch-institutionellen Interaktionssystem .....	187
<b>6</b>	<b>Europäisierung der Institutionen des Bundes</b> .....	<b>190</b>
6.1	Die Bundesregierung im europäischen Koordinierungssystem.....	190
6.2	Der Bundestag unter den Bedingungen der Europäisierung.....	193
6.3	Der Bundesrat: „Verlierer“ der Europäisierung im deutschen Regierungssystem?.....	195
6.4	Das Bundesverfassungsgericht im Spannungsfeld von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht.....	197
6.4.1	Konträre Positionen der Gerichte zum Rang des deutschen Verfassungsrechts und des Gemeinschaftsrechts .....	198
6.4.2	„Solange II-Beschluss“: Temporärer Rückzug von der Ausübung der Gerichtsbarekeit im Gemeinschaftsrecht.....	198
6.4.3	„Solange III-Beschluss“: Bekräftigung verfassungsgerichtlicher Prüfungsvorbehalte gegenüber dem Gemeinschaftsrecht.....	199
6.4.4	Kritik und Fazit .....	200

<b>C</b>	<b>POLITIKFELDER</b>	<b>203</b>
<b>I</b>	<b>Konzeptionen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Steuerung</b>	<b>203</b>
<b>1</b>	<b>Der Ordoliberalismus</b>	
1.1	Theoretische Grundlagen .....	204
1.1.1	Ordnungstheoretische Grundsätze .....	204
1.1.2	Ordnungspolitische Prinzipien .....	205
1.2	Umsetzung und Weiterentwicklung der ordoliberalen Konzepton .....	206
<b>2</b>	<b>Der Keynesianismus und die Weiterentwicklung des keynesschen Ansatzes</b>	<b>209</b>
2.1	Der „keynesianische Konsensus“ als politische Grundorientierung marktwirtschaftlicher Gesellschaften .....	209
2.2	Die „postkeynesianische“ Weiterentwicklung des keynesschen Ansatzes .....	210
2.3	Die traditionelle Konzeption der Globalsteuerung .....	211
2.4	Die Konzeption des „Strukturkeynesianismus“ .....	213
2.4.1	Mittelfristige Orientierung der Politikstrategie.....	213
2.4.2	Beschäftigungsorientierte Finanzpolitik: Vorrang staatlicher Investitionstätigkeit vor privater Investitionsförderung .....	214
2.4.3	Selektive Strukturpolitik .....	216
2.5	Die „postkeynesianische“ Weiterentwicklung des keynesschen Ansatzes .....	217
<b>3</b>	<b>Die Konzeption der Angebotspolitik</b>	<b>219</b>
3.1	Praxisrelevante theoretische Grundlagen und Prämissen .....	219
3.1.1	Grundorientierung an der Neoklassik und dem Monetarismus .....	219
3.1.2	Ordnungs- und wirtschaftspolitische Prämissen der Angebotspolitik.....	221
3.2	Zielsetzungen und Instrumente .....	222
3.2.1	Finanzpolitisches Ziel der Konsolidierung und fiskalische Instrumente.....	222
3.2.2	Ordnungspolitische Zielsetzung und Instrumente: Die Politik der Privatisierung und Deregulierung .....	224
3.2.2.1	Die Politik der Privatisierung .....	224
3.2.2.2	Die Politik der Deregulierung.....	226
3.3	Kritik an der Angebotspolitik .....	227
<b>II</b>	<b>Politikfeldspezifische Strategien</b>	<b>228</b>
<b>1</b>	<b>Wirtschaftspolitik</b>	<b>228</b>
1.1	Die prekäre Symbiose zwischen demokratischer Politik und kapitalistischer Wirtschaft .....	229
1.2	Das Dilemma demokratischer Politik unter Bedingungen globalisierter Finanzmärkte.....	230

<b>2</b>	<b>Finanz- und Steuerpolitik</b>	<b>231</b>
2.1	Die Konsolidierungs- und Steuerpolitik in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition.....	231
2.1.1	Begründungen für die Fortsetzung des Konsolidierungskurses.....	231
2.1.2	Vorrang für die Einschränkung des Ausgabenanstiegs und Kritik.....	232
2.1.3	Steuerpolitik.....	233
2.2	Politik der Senkung der Staats-, Steuer- und Schuldenquote in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder.....	238
2.2.1	Kontinuierliche Rückführung der Staatsquote.....	238
2.2.2	Senkung der Abgabenquote: erfolgreiche Reduzierung der Steuerquote und mäßiger Rückgang der Sozialbeitragsquote.....	240
2.2.3	Das Scheitern des Ziels des Abbaus staatlicher Defizite.....	241
2.3	Die Finanzpolitik der Großen Koalition.....	242
2.3.1	Die Fortsetzung der Konsolidierungspolitik.....	242
2.3.2	Die Unternehmenssteuerreform.....	242
2.3.3	Kritische Würdigung der Vorschläge zur Unternehmenssteuersenkung 2008.....	243
<b>3</b>	<b>Sozialpolitik</b>	<b>244</b>
3.1	Vom sozialpolitischen Konsens zur Konfliktverschärfung.....	244
3.2	Die Sozialpolitik in der ersten rot-grünen Koalition.....	248
3.2.1	Rentenpolitischer Kurswechsel und arbeitsmarktpolitische Kontinuität.....	248
3.2.2	Neuregelung der Scheinselbstständigkeit und der geringfügigen Beschäftigung.....	249
3.3	Die Sozialpolitik der rot-grünen Koalition 2002–2005.....	251
3.3.1	Die Agenda-Politik des Bundeskanzlers Schröder zur Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform.....	252
3.3.2	Die einnahmenorientierte Alterssicherungspolitik.....	253
<b>4</b>	<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>254</b>
4.1	Allgemeine arbeitsmarktpolitische Zielsetzung.....	255
4.2	Arbeitsmarktpolitisches Leitbild und einzelne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.....	255
4.3	Wachstum als Voraussetzung einer positiven Beschäftigungsentwicklung.....	256
4.4	Angebotsorientierte Strategie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.....	257
4.4.1	Produktivitätsorientierte Lohnpolitik und Lohndifferenzierung.....	257
4.4.2	Verbesserung institutioneller Regelungen.....	258
4.5	Kritik und alternative Lösungsansätze.....	260
4.6	Die Hartz-Gesetze der Regierung Schröder.....	261
4.6.1	Das Hartz-I-Gesetz.....	262
4.6.2	Das Hartz-II-Gesetz.....	264
4.6.3	Das Hartz-III-Gesetz.....	265
4.6.4	Das Hartz-IV-Gesetz.....	266

4.7	Die Arbeitsmarktreformen der Großen Koalition.....	269
4.7.1	Ansatzpunkte für Arbeitsmarktreformen: Die Defizite der Bundesagentur für Arbeit.....	270
4.7.2	Grundzüge eines angebotspolitischen Kombilohnvorschlags .....	272
4.7.3	Begründung für Mindestlöhne und ihre Kritik .....	272
4.7.4	Der Kompromiss zum Mindestlohn.....	276
4.7.5	Staatliche Zuschüsse zu den Sozialbeiträgen und Senkung der Zahl der „Aufstocker“.....	279
4.7.6	Die Flexibilisierung des Tarifvertragssystems .....	280
<b>5</b>	<b>Gesundheitspolitik</b>	<b>282</b>
5.1	Das Gesundheitsstrukturgesetz von 1993.....	282
5.2	Das Gesundheitssystem-Modernisierungsgesetz (GMG) von 2004.....	283
5.2.1	Leistungsausgrenzungen, Einführung von Gebühren und erhöhte Zuzahlungen.....	283
5.2.2	Kritik.....	284
5.3	Die Gesundheitsreform 2007 .....	285
5.3.1	Der Gesundheitsfonds.....	285
5.3.2	Einführung der Versicherungspflicht für jeden Bürger .....	287
5.3.3	Änderung des Leistungskatalogs .....	287
5.3.4	Finanzausgleich.....	288
5.3.5	Private Versicherung.....	288
5.3.6	Maßnahmen im Arzneimittelsektor .....	289
5.3.7	Ärzhonorare.....	289
5.3.8	Reform der Organisation der Krankenkassen.....	290
5.3.9	Defizite und Vorzüge der Reform .....	291
<b>6</b>	<b>Rentenpolitik</b>	<b>294</b>
6.1	Entwicklung des Beitragssatzes.....	294
6.2	Die Rentenreformen 1992, 1999 und 2001.....	294
6.3	Kontroverse Diskussion über Mindestsicherung und 300 private Altersvorsorge.....	296
6.4	Staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge .....	298
6.5	Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge .....	298
6.6	Die bedarfsorientierte Grundsicherung.....	299
6.7	Das „Rentennotpaket“ und Programm zum Umbau der Rentenversicherung in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder .....	299
6.8	Die Rentenpolitik der Großen Koalition.....	300
6.8.1	Rente mit 67.....	300
6.8.2	„Initiative 50 plus“ und Änderungen der Riesterreente.....	301
6.9	Kritische Würdigung der Rentenreformen .....	302



---

<b>7</b>	<b>Europäisierung deutscher Politikfelder</b>	<b>303</b>
7.1	Kompetenzausweitung der EU durch die europäischen Verträge .....	303
7.2	Politikfeldspezifisch unterschiedlicher Europäisierungsgrad .....	303
7.2.1	Sozial- und Beschäftigungspolitik .....	304
7.2.2	Umweltpolitik .....	304
7.2.3	Politik in den Bereichen der Telekommunikation, des Flug- und Straßengüterverkehrs und des Versicherungswesens .....	304
7.2.4	Regulative Sozialpolitik .....	305
7.2.5	Agrarpolitik sowie Regional- und Strukturpolitik .....	305
7.2.6	Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Innen- und Justizpolitik .....	305
7.2.7	Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik .....	307
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>309</b>
	<b>Stichwortverzeichnis</b>	<b>349</b>